Nummer 141 — Halle, Freitag, den 19. Juni 1925 — 60. Jahrgang
Einzelpreis: 10 Pfennige.

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten ❖ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Saale-Zeitung" erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch Boten beträgt 1.60 Reichsmark, durch Ausgabestellen ohne Beingerlohn 1.40 Reichsmark, durch die Post 2.10 Reichsmark u. 40 Pfennige Zustellgebühr. Schluß der Anzeigen-Annahme: Zehn Uhr vormittags. Die Anzeigen werden nach Kolonel-Zeilen berechnet; die Zeile 0.25 Reichsmark.

Für Anzeigen, die im gleichen Wortlaut in der „Allgemeinen Zeitung" erscheinen, besondere Ermäßigung. Verlagshaus, Neue Promenade 11 u. Or. Brauhausstraße 17. Fernsprecher: Sammel-Nummer 7431. Draht-Anschrift: „Saalezeitung Hallesaale". Bank-Rechnung: Bankhaus Reinhold Stechner, Halle. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22815. Erfüllungsort u. Gerichtsstand: Halle.

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

Der Herr Reichspräsident empfing gestern Abordnungen wirtschaftlicher Spitzenverbände, so des Deutschen Industrie- und Handelstages, des Reichslandbundes sowie die Vertretung der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels. Die verschiedenen Abordnungen übermittelten dem Herrn Reichspräsidenten ihre Glückwünsche zu seinem Amtsantritt und legten in längeren Ausführungen die Lage der einzelnen Zweige der Deutschen Wirtschaft dar.

*

Das preußische Staatsministerium hat sich gestern für Ablehnung der Mindestzölle für Getreide entschieden; dagegen wird Preußen für Verhandlungszölle eintreten, und zwar sollen an Stelle der bisher geltenden autonomen Zollsätze von 7 M. für Roggen und 7,50 M. für Weizen Höchstzölle von 3 M. für Roggen und 3,50 M. für Weizen auf dem Verordnungswege festgesetzt werden.

*

Der bayerische Landtag nahm den Verfassungsgesetzentwurf gegen den Mißbrauch der Abgeordnetenei genschaft mit 95 gegen 5 kommunistische Stimmen an. Danach ist auf den Verlust der Abgeordneteneigenschaft dann zu erkennen, wenn ein Abgeordneter sein Mandat in gewinnsüchtiger Absicht mißbraucht und wenn ein Abgeordneter unter Vertrauensbruch Mitteilungen aus geheimen Sitzungen macht.

*

Die Deutschnationale Reichstagsfraktion hat einen Antrag eingebracht, wonach Wohnungsbauten auf die Dauer von etwa 10 Jahren von jeder gemeindlichen und landesgesetzlichen Grundsteuer oder ähnlichen Abgaben befreit werden sollen.

*

Ein an die Reparationskommission erstatteter Bericht des Generalagenten für die deutschen Reparationszahlungen stellt in bezug auf die kommenden Aufwertungsverpflichtungen des Reiches fest, daß die Reichsbahn in jedem Falle hinter die Reparationsverpflichtungen zurücktreten müssen.

*

Die Londoner „Evening Times" melden aus Berlin: Die Erklärung des Reichseisenbahnrates, daß die Einnahmen der Reichseisenbahngesellschaft im Monat Mai trotz der 10 Proz. Personentariferhöhung erheblich hinter dem Voranschlag geblieben sind, wird heute dahin ergänzt, daß der Fehlbetrag doppelt so hoch ist, als im vorausgegangenen Monat und in absehbarer Zeit durchgreifende Tariferhöhungen notwendig macht.

*

Die Londoner „Evening Times" melden aus Paris: Paris gibt sich keinen Illusionen über die Wirkung der Sicherheitsnote hin. Der tschechische Gesandte hat der Presse am Dienstag erklärt, daß die Tschechoslowakei die Garantie Frankreichs in der Tasche habe, daß die jetzigen deutschen Grenzen niemals umgestoßen werden dürfen. Halbamtlich glaubt man an monatelange Verhandlungen und an einen Erfolg erst Ende dieses oder Anfang nächsten Jahres.

*

Die Sozialistische Fraktion der Pariser Kammer hielt gestern bis spät in die Nacht eine Sitzung ab, die heute fortgesetzt wird, über die künftige Stellungnahme zu der Marokko- und Finanzpolitik des Kabinetts Painlevé. Die Meinungsverschiedenheiten in der Partei waren sehr lebhaft.

*

Nach einem Beschluß der bulgarischen Regierung wird die gesamte revolutionäre Literatur, insbesondere kommunistische Bücher und Zeitschriften in den öffentlichen und Gymnasialbibliotheken im ganzen Lande vernichtet werden, um die Verbreitung des Kommunismus durch die Schulen im Keime zu ersticken.

*

Aus London verlautet: Abd el Krim habe um die Intervention Englands und Italiens nachgesucht, um diese zu einer Regelung bezüglich des Friedensschlusses mit Frankreich und Spanien zu kommen. Großbritannien habe geantwortet, daß es sich nicht in innere Angelegenheiten Frankreichs zu mischen habe.

*

Der Gouverneur von Nordpalästina, Abramson, wurde in Hebron durch eine Revolverkugel getötet. Der Mörder konnte unerkannt entkommen.

*

Am Blauen Nil, 175 Meilen südlich von Kartum, ist der größte Staudamm der Welt fertiggestellt worden. Durch den 60 Meilen langen Kanal mit hunderten von Abzweigungen ist eine großzügige Bewässerung der Ebene bei Gezira und damit eine bedeutende Förderung des Baumwollanbaus ermöglicht.

*

Der Führer der indischen Selbstverwaltungsbewegung D. R. Das ist in Darjeeling am Herzschlag gestorben. In indischen Kreisen herrscht über den unerwarteten Verlust große Erregung.

Der Reichsbankpräsident für Errichtung der Rentenbankkreditanstalt.

Der Volkswirtschaftliche Ausschuß des Reichstags setzte am Mittwoch die allgemeine Aussprache über den Gesetzentwurf zur Errichtung der Rentenbankkreditanstalt fort. Der Präsident der deutschen Girozentrale Leinert schätzte die Schulden der Landwirtschaft aus den Rentenbankkrediten und Grundschulden auf rund 350 Millionen Mark jährlich. Diese Summen könnte die Landwirtschaft aus Ueberschüssen oder Ersparnissen nicht zahlen, so daß eine neue Kreditquelle eröffnet werden müsse. Andernfalls drohe

die Gefahr der Betriebseinstellungen

in großem Umfange. Die Girozentrale könnte jedenfalls bis auf weiteres keine Kredite weiter gewähren. Geheimrat Eichhorn als Vertreter der Bayrischen Landwirtschaftsbank betonte gleichfalls die Notwendigkeit der Beschaffung einer neuen Kreditquelle für die Landwirtschaft. 500 Millionen Mark Kapital der Rentenbankkreditanstalt würden bei weitem nicht ausreichen. Der Vertreter der preußischen Landschaften, Präsident der Hauptritterschaftskasse, v. Winterfeld, bemerkte, daß auch die Landschaften nicht mehr in der Lage seien, den landwirtschaftlichen Kredit vollkommen zu befriedigen.

Reichsbankpräsident Dr. Schacht

erklärte: Die Reichsbank hat dem e[illegible]en Augenblick an die schleunigste Beschaffung einer Möglichkeit, für die deutsche Landwirtschaft Kredit zu bekommen, für dringend geboten gehalten.

Es steht uns keine wichtigere Aufgabe bevor, als die Produktivität der Landwirtschaft zu heben.

Die Frage, ob die geplante Rentenbankkreditanstalt diese Möglichkeit bietet, möchte ich grundsätzlich bejahen. Zum Unterschied von den landwirtschaftlichen Hypothekenbanken und den genossenschaftlichen Instituten soll hier ein Institut geschaffen werden, das wie kein anderes dem Ausland gegenüber diejenige Sicherheit und diejenige große Organisation bietet, die für die Gewährung eines solchen Kredits nötig ist.

Vom Standpunkt der Währungspolitik habe ich keine Bedenken gegen dieses Institut. Auch die Verschuldung in fremder Valuta halte ich nicht für bedenklich, so lange sie sich in vernünftigen Summen bewegt.

Realkredite aus dem Ausland zu beschaffen, wird die Rentenbankkreditanstalt viel leichter imstande sein, als irgendein anderes Institut. Die Frage des Personalkredits muß allerdings vernünftig geregelt werden. Beschränkt sich das Institut auf den Realkredit, so ist es einerlei, ob es 500 oder 750 Mill. Grundkapital hat.

Der Privatcharakter des neuen Instituts erscheint mir nicht bedenklich. In grundsätzlichen Fragen muß der Staat einen gewissen Einfluß behalten. Ein Institut, dessen Mittel aus der Landwirtschaft aufgebracht werden und das der Landwirtschaft dienen soll, muß in erster Linie von den Kreisen der Landwirtschaft verwaltet und geführt werden, darum ist es verfehlt, den Verwaltungsrat nach Interessentengruppen zusammenzusetzen, deren Vertreter nicht unabhängig sind.

Ich würde es sehr bedauern, wenn die zu benennenden Personen besonders auf die Vertreter der Regierung und des Reichstags, etwa nach parteipolitischen oder länderpolitischen Gesichtspunkten ausgesucht würden (Sehr richtig!), dann sollte man das Institut lieber erst gar nicht eröffnen.

Die Gewährung von Personalkredit [illegible] in die Kreditpolitik der Reichsbank [illegible] ein. Immerhin könnten hier verschiedene Geldquellen gegeneinander arbeiten. Ich bin für möglichst kurze Frist für die Zeit der Gewährung von Personalkredit. Je länger die Frist ist, um so geringer wird der Anreiz für die Bemühungen, den Spar- und Genossenschaftsverkehr wieder in die Höhe zu bringen.

Unsere deutsche Wirtschaft befindet sich noch immer in unendlich schwieriger Lage, die zur Katastrophe auch auf sozialem Gebiet führen könnte. Wenn wir aber aus der Landwirtschaft etwa 30 Proz. Mehrproduktion herausholen könnten, sind wir über alle Schwierigkeiten hinweg. Schaffe man daher schleunigst durch Erledigung dieser Vorlage die notwendige Hilfe für die Landwirtschaft.

Berliner Brief.

(Von unserer Berliner Vertretung.)

Mittwochvormittag 11 Uhr hat die erste Ressortbesprechung im Auswärtigen Amt über die französische Sicherheitsnote stattgefunden. Sie zog sich bis weit in den Nachmittag hinein. Der Reichskanzler, der nach Düsseldorf gereist war, nahm nicht daran teil. Ueber die Sicherheitsnote wird auch wieder das Reichswehrministerium sich gutachtlich zu äußern haben, an den Mittwochsbesprechungen beteiligte sich auch mehrfach der Reichswehrminister. Die erste Kabinettssitzung über die Sicherheitsnote, die Freitagmittag unter Vorsitz des Reichspräsidenten stattfindet, wird, dem Vernehmen zufolge, sich lediglich über die Frage schlüssig zu machen haben, ob und auf welcher Grundlage verhandelt werden soll.

Keine baldige Antwort.

Nach den heute früh vorliegenden Dispositionen tritt der Auswärtige Ausschuß am Mittwoch kommender Woche zusammen. Die Konferenz der Ministerpräsidenten der Länder, die anfänglich schon Sonnabend stattfinden sollte, wird erst im zweiten Teil der nächsten Woche, voraussichtlich Sonnabend, zusammentreten. Hieraus sowie aus Erklärungen des Außenministers Stresemann zu Abgeordneten der Volkspartei Mittwochvormittag ist zu entnehmen, daß eine auch nur vorläufige Antwort nach Paris nicht vor übernächster Woche erfolgt. Die Berufung der deutschen Auslandsbotschafter nach Berlin war bis heute nicht erfolgt; sie ist aber in Aussicht genommen.

Die Kontrollkommission bleibt.

Zu den angekündigten Verhandlungen des Reiches mit der alliierten Kontrollkommission wird es kaum in dem erwarteten Umfang kommen. Vielmehr beruft sich General Walch dem Berliner Mitinvertreter gegenüber darauf, daß er zu Verhandlungen mit der Reichsregierung überhaupt nicht ermächtigt sei. Diese Verhandlungen hätte das Reich ausschließlich mit den Alliierten zu führen. Vorläufig setze er die Kontrolle im früheren Umfang fort. Daß der General sobald an keinen Abbau der Kontrollkommission denkt, beweist er schon dadurch, daß er alle Dienstverträge mit seinem privaten Haushaltspersonal bis 31. Dezember d. J. verlängert hat.

Lohn- und Tariferhöhungen bei der Reichsbahn.

Die neuen Lohnverhandlungen der Eisenbahner treffen zusammen mit der Ankündigung in englischen Zeitungen von neuen Tariferhöhungen. In Berlin erklärt man diese Nachricht für unzutreffend, aber gibt gleichzeitig zu, daß die Finanzlage der Reichsbahn seit 1. Mai sich weiter kritisch gestaltet hat. Der schließliche Ausweg kann nach Lage der Dinge doch nur wieder die Tariferhöhung sein.

Wenn die Ortszulage für die Eisenbahnarbeiter in den Industriebezirken auf 50 Proz. und in den übrigen Direktionsbezirken auf 30 Proz. erhöht wird, dann müssen die Tarife um ebensoviel erhöht werden.

In Berlin drohen seit gestern die Eisenbahner mit der Niederlegung der Arbeit zum 1. Juli, wenn die angekündigte Stillegung von Eisenbahnwerkstätten durchgeführt wird.

100 Mark Wirtschaftsbeihilfe für Unterbeamte vorgeschlagen.

Der Beamtenausschuß des Preußischen Landtags nahm den sozialdemokratischen Antrag auf Gewährung einer Wirtschaftsbeihilfe von 100 Mk. für die Besoldungsklassen 1 bis 6 an. Im Laufe der Debatte über den Antrag betonte der Finanzminister, daß die Besoldungsfrage nur im Zusammenhang mit dem Reich geregelt werden könne. Die Lage der betreffenden Beamten sei allerdings bedrängt, aber staatliche Gehaltsaufbesserungen müßten Lohn- und Gehaltsforderungen aus der Wirtschaft auslösen und die Lage der Wirtschaft sei bedenklich. Im ganzen Reiche würden die Kosten der Wirtschaftsbeihilfe 75 Millionen betragen, in Preußen 15 bis 20 Millionen.

Im Etat sei schon ein Fehlbetrag zu decken. Um die Deckungsfrage komme man nicht herum, und damit nicht um eine Erhöhung der Steuern, insbesondere der Hauszinssteuer.

Der Ausschuß nahm einstimmig einen Zentrumsantrag an, wonach der Auffassung der Reichsregierung nicht beigetreten werden könne, daß eine Aufbesserung der Beamtenbezüge gegenwärtig unmöglich sei, und worin das Staatsministerium ersucht wird, unverzüglich auf die Reichsregierung einzuwirken, daß zum mindesten die Bezüge der wirtschaftlich schwächsten Beamten eine genügende Aufbesserung erfahren.

Der Kartellvorsitzende der christlichen Gewerkschaften für Groß-Berlin, Wolfson, hat seinen Austritt aus der Deutschen Volkspartei erklärt und ist der Deutschnationalen Volkspartei beigetreten.

Was an der deutschen Landwirtschaft verdient wird.

Von Dr. Walter Claaßen, Berlin-Lankwitz.

Der Wert der gesamten deutschen Agrarproduktion beträgt 11,8 Milliarden Mark. Diese nahezu 12 Milliarden werden selbstverständlich nicht allein vom Landvolk verdient. Ein sehr beträchtlicher Teil davon kommt dem Staate in Form von Steuern und sodann ein immer mehr wachsender Teil den Gläubigern der Landwirtschaft zugute. Die Bedeutung der deutschen Landwirtschaft für das Volksganze ist aber hiermit auch rein wirtschaftlich nicht erschöpft. Es kommt nicht allein darauf an, was der Landwirt selbst erzeugt, sondern auch darauf, was an seinen Erzeugnissen durch Verarbeitung und Verkauf, von anderen Erwerbszweigen verdient wird. Was die deutsche Landwirtschaft anderen Erwerbszweigen zu verdienen gibt, darüber haben wir in der beigefügten Tabelle eine neue Berechnung aufgestellt. Diese Berechnung bezieht sich nur auf die Hauptzweige der Agrarproduktion, die insgesamt rund 8½ Milliarden Mark produzieren. Wir haben diesen Betrag so niedrig als möglich berechnet.

Nachstehende Tabelle möge das noch verdeutlichen:

Zuschläge zu den Erzeugerpreisen durch Verarbeiter Händler und Staat im Jahre 1924.

Produkt des Landwirts, Haupt- und Nebenprodukt	Werte in Millionen Mark: ab Hof des Landwirts	Hauptprodukt Kleinhdl.	Nebenprodukt Großhdl.	Gesamtverkaufswert
A. Ackerbau				
1. Roggen, Brot, Kleie	1 095	1 358	260	1 618
2. Weizen, Brot, Kleie	497	1 421	88	1 509
3. Gerste, Hafer, Bier, Treber usw. . . .	225	1 440	[illegible]	[illegible]
4. Eß-Kartoffel . . .	460	990	[illegible]	[illegible]
5. Brenn-Kartoffel . . .	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Schlempe	50	150	[illegible]	[illegible]
6. Zuckerrüben, Zucker, Schnitzel usw. . . .	386	890	83	973
B. Viehmarkt				
7. Rinder, Fleisch, Fett	729	1 265	158	1 418
8. Schweine, Fleisch . .	1 628	3 145	—	3 145
9. Milch	3 441	5 600	—	5 600
Summen:				
A. Ackerbau	2 165	6 849	496	7 345
B. Viehzucht	5 698	10 010	158	10 163
Gesamtsumme:	8 613	16 859	649	17 508

Welche Bedeutung hat angesichts dieser Tatsache zum Beispiel der Kornzoll? Die gesamten Brotkornzölle würden nur etwa ein Viertel dessen im äußersten Falle ausmachen, was die gewerblichen Verarbeiter und Verkäufer des Kornes an Rohverdiensten vereinnahmen, und nur etwa die Hälfte dessen, was der Staat an Umsatzsteuern daraus bezieht.

Wir haben uns bemüht, die Bedeutung der deutschen Landwirtschaft für das gesamte Volksganze in wirtschaftlicher Beziehung klarzustellen. Nicht nur die deutsche Landwirtschaft ist an der Erhaltung eines Produktionswertes von 12 Milliarden Mark interessiert, sondern auch vielleicht mehr als die Hälfte der gesamten gewerblichen Bevölkerung ist in ihrer Existenz wesentlich auf die deutsche Landwirtschaft gestützt.

Frankreichs glänzende Wirtschaftslage.

Wir Deutschen haben einen Fehlbetrag in unserm Volkshaushalt, der nach den bisherigen Außenhandelszahlen auf etwa 5 Milliarden im Jahre 1925 zu schätzen ist. Trotzdem sollen wir die Milliardenbeträge des Dawesplans abführen. Frankreich dagegen verweigert die Rückzahlung, ja auch nur Verzinsung seiner Kriegsschulden mit der Begründung, es sei zu arm dazu. Wie es in Wirklichkeit mit Frankreichs Armut aussieht, zeigt die nachstehende Außenhandelsübersicht. Danach ist Frankreich unvergleichlich besser daran als wir.

Sein ganzes Finanzelend besteht nur darin, daß der Staat kein Geld hat und daß die Staatsangehörigen nicht zu entsprechenden Steuerzahlungen herangezogen werden.

Der gute Deutsche soll das Geld aufbringen, damit die Franzosen schwelgen können.

Paris, 16. Juni. Nach der von der Zollverwaltung herausgegebenen Statistik über den Außenhandel hat sich die Einfuhr nach Frankreich in den ersten fünf Monaten des Jahres 1925 auf Waren im Werte von 15 845 280 000 Frcs. belaufen, was gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres eine Verminderung um 827 771 000 Francs bedeutet. Die Ausfuhr in den ersten fünf Monaten des Jahres 1925 beläuft sich auf Waren im Werte von 18 117 851 000 Francs, was gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres eine Steigerung um 250 930 000 Francs darstellt.

Also in fünf Monaten ein Ausfuhrüberschuß, d. h. eine Bereicherung des französischen Volkes von 2¼ Milliarden Frank!

Wie wenig aber gewisse deutsche Kreise Gefühl für das haben, was Frankreich uns trotz seiner glänzenden Wirtschaftslage zumutet, mag man aus folgendem ersehen:

Deutsche Frauen, beste Kundinnen in Paris.

Einer vor kurzem in „New York American" veröffentlichten Kabelmeldung aus Paris zufolge herrschte dort große Bestürzung über die [illegible]

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19250619018/fragment/page=0001

kanischen Bestrebungen, sich von der Pariser Frauenmode unabhängig zu machen. Gleichzeitig hat sich aber der Pariser Korrespondent des „American" von den Inhabern Pariser Modehäuser erklären lassen, daß Deutschland hier helfend eingesprungen sei. Die deutschen Ankäufe von Pariser Modellen übersteigen bei weitem die amerikanischen Käufe, und die amerikanischen Bestrebungen, Neuyork zum Modezentrum zu machen, haben die deutsche Frau zur besten Käuferin in Paris gemacht.

Aehnliches gilt nach anderen Berichten von der französischen Automobilindustrie, die ihre Hochkonjunktur zum erheblichen Teile dem starken Export französischer Automobile nach Deutschland dankt.

Um so mehr muß bei den jetzigen deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen dara gesehen werden, daß wirklich das deutsche Volk und nicht nur bestimmte Kreise ihren Vorteil finden. Hier steht die deutsche Arbeiterschaft, der durch die französische Warenein fuhr Arbeitsgelegenheit entgeht, und durch die Reparationszahlungen der Lohn verringert wird, mit den wirklich national denkenden Volkskreisen in gemeinsamer Front.

Englische Wirtschaftsnöte.

London, 17. Juni. Im Unterhause teilte Lane Fox auf eine Anfrage mit, daß während des Monats Mai 59 Kohlenbergwerke, die normalerweise 8755 Arbeiter beschäftigen, ihren Betrieb eingestellt hätten. Auf die weitere Frage, ob dies nicht auf die von Frankreich verlangten Reparationskohlenlieferungen zurückzuführen sei, antwortete Lane Fox, dies sei nicht der Grund.

Gerüchtweise verlautet ferner, daß die Bergarbeiter von den Bergwerksbesitzern darüber Andeutungen erhalten hätten, daß es vielleicht notwendig sein würde, in Erörterungen über eine Verlängerung des Arbeitstages, sowie über eine Revision der bestehenden Lohnsätze „allerdings unter gewissen kompensierenden Vorteilen für die Arbeiter" zu treten.

Die Londoner „Times" weist auf die neue ernste Steigerung der Zahl der Arbeitslosen in der vergangenen Woche hin, die nahezu 44 000 beträgt, wodurch sich die Gesamtzahl auf 1 291 000 erhöht. Das sind 263 000 mehr als im Vorjahr.

*

London, 16 Juni. Lord Rothermeres Evening News fordert in einem sehr scharf gehaltenen Leitartikel angesichts der Tatsache, daß die antienglischen Kundgebungen in China offensichtlich auf bolschewistischem Einfluß zurückzuführen seien, die Ausweisung sämtlicher Sowjetvertretungen in Großbritannien.

Die Besteuerung öffentlicher Betriebe [illegible]stige Vermöger-steuer.

[illegible] der Reich[illegible] am [illegible] der Vermögens- und Erbschaf[illegible] beraten. Zunächst wurde die Frage behandelt, ob das Vermögen der öffentlichen Betriebe besteuert werden soll. Die Abgg. Dr. Hörlacher (Bayer. Vp.), Dr. Hertz (Soz.) und Höllein (Komm.) äußerten sich in dem Sinne, daß die öffentlichen Betriebe, namentlich auch die sogenannten Versorgungsbetriebe, der Allgemeinheit zugute kämen und deshalb nicht um eine Vermögenssteuer belastet werden dürfen.

Abg. Dr. Fischer-Köln (Dem.) bemerkte demgegenüber, daß die öffentlichen Verbände im steigenden Umfang sich am Wirtschaftsleben beteiligten und ihnen durch Wegfall der Steuerbelastung kein Vorsprung vor den privatwirtschaftlichen Betrieben gewährt werden dürfe. Außerdem zwinge die steuerliche Belastung zu rationellster Wirtschaftsführung.

Auf Vorschlag des Staatssekretärs Dr. Popitz wurde beschlossen, diese Frage einem Unterausschuß zu überweisen. Namens des Zentrums erklärte Abg. Dr. Beusch, daß dieses die Besteuerung aller derjenigen Betriebe ablehne, die im Rahmen der eigentlichen kommunalen Politik, vor allem einer nachdrücklichen kommunalen Sozialpolitik lägen. Darum sei es gegen die Besteuerung der Versorgungsbetriebe.

Zum Vermögensteuertarif

wurde ein Zentrumsantrag angenommen, wonach der Tarif folgende Fassung erhält:

Die Vermögenssteuer beträgt jährlich 5 v. T. des abgerundeten Vermögens. Sie ermäßigt sich, wenn das abgerundete Vermögen 10 000 Rm. nicht übersteigt, auf 3 v. T., wenn es 50 000 Rm. nicht übersteigt, auf 4 v. T.

Die Vermögenssteuer erhöht sich, wenn das abgerundete Vermögen 250 000 Rm., aber nicht 500 000 M. übersteigt, auf 5,5 v. T., wenn es 500 000 M., aber nicht eine Million übersteigt, auf 6 v. T., wenn es 2 Millionen Mark, aber nicht 2½ Millionen übersteigt, auf 6,5 v. T., wenn es 2½ Mill. M., aber nicht 5 Mill. M. übersteigt, auf 7 v. T., und wenn es 5 Mill. M. übersteigt, auf 7,5 v. T. Jedoch beträgt der Höchstsatz für Vermögen, das der Ertragsbesteuerung durch Länder und Gemeinden unterliegt, 5 v. T.

Erledigt wurden dan noch die Paragraphen, die für leistungsschwache Steuerpflichtige gewisse Freigrenzen vorsehen. Bezüglich der Veranlagung und Erhebung sollen die Zahlungen wie bisher mit je einem Viertel des Jahresbetrages an den üblichen Terminen erfolgen. Hierzu wurde ein Antrag Dr. Gerecke (Dnat.) angenommen, wonach Steuerpflichtige, deren Vermögen hauptsächlich aus landwirtschaftlichem Vermögen besteht, an Stelle der Zahlungen am 15. August und 15. November in Höhe eines Viertels des Jahresbetrages am 15. November eine Zahlung in Höhe der Hälfte des Jahresbetrages zu leisten haben.

Angenommen wurde ferner ein Zentrumsantrag, wonach die Vermögenszuwachssteuer bis zum 30. Dezember 1928 außer Hebung gesetzt wird. Hierauf vertagte sich der Ausschuß auf Donnerstag.

beschloß am Mittwoch auf Antrag seines Vorsitzenden Dr. Küls (Dem.), am 2. Juli die Dresdner Ausstellung für Wohnung und Siedlung zu besichtigen.

Im Ausschuß wurden ernste Besorgnisse darüber geäußert, daß bei Beratung der Aufwertungsgesetze und des Finanzausgleichsgesetzes die Interessen der Wohnungswirtschaft und der Wohnungsbauförderung nicht die genügende Berücksichtigung finden werden, daß insbesondere der Ertrag der Hauszinssteuer nicht in dem erforderlichen Umfang für Herstellung neuer und Erhaltung alter Wohnungen verfügbar bleibt.

Ferner wurde lebhaft Klage darüber geführt, daß die vom Reichstag für den 30. April d. J. geforderten Abänderungsgesetze für die verschiedenen Gebiete der Wohnungswirtschaft bis heute von der Reichsregierung noch nicht vorgelegt seien. Der Ausschuß beschloß, in einer besonderen Sitzung der Reichsregierung bzw. dem Reichsarbeitsminister Gelegenheit zu geben, ihre Stellung diesen Fragen klarzulegen.

Der Allgemeine Pensionsfond.

[illegible] Reichstag [illegible] sprach in seiner Mittwochsitzung den Haushalt des allgemeinen Pensionsfonds, der vom Reich

eine Ausgabe von über 1,2 Milliarden Mark

fordert. In der Debatte fragte Berichterstatter Abg. Lawerenz (Dn.) u. a., wie weit die Regierung die Novelle zum Reichsversorgungsgesetz gefordert habe. Er wies darauf hin, daß gegenwärtig noch fast 9000 Wartegeldempfänger auf eine Anstellung warten und dat, diese Beamten bald unterzubringen. Ober-Reg.-Rat Oscher führte aus, daß die Minister jetzt auf Grund des § 35 des Reichsbeamtengesetzes pensioniert würden. Die Frage der Neu- und Altpensionäre seien bereits dem Unterausschuß überwiesen. Die Beschleunigung der

Anstellung der Wartegeldempfänger

werde in der zweiten Novelle zur Personalabbauverordnung mitgeregelt. Geheimrat Kerschensteiner erklärte, daß die Novelle zum Pensionsgesetz betr. die Ministergehälter dem Reichsrat vorliege. Die Ehrenzulagen umfaßten nach der in Aussicht genommenen Neuregelung die wegen Bedürftigkeit gegebene Veteranenbeihilfe und die Zulage von drei Mark monatlich an die Inhaber des Eisernen Kreuzes erster Klasse.

Abg. Brüninghaus (DV.) bat dringend, die Sache nicht weiter zu verschleppen. Er beantragte eine Abänderung des Pensionsverordnungsgesetzes vom 21. Dezember 1920 zugunsten pensionierter Offiziere. Abg. Rosmann (Soz.) widersprach diesem Antrag und trat für die Aufbesserung der versorgungsberechtigten Mannschaften ein. Nachdem im weiteren Verlauf der Debatte aus dem Ausschuß heraus und auch von seiten der Regierungsvertreter Bedenken gegen den Antrag Brüninghaus geäußert worden waren, zog der Antragsteller seinen Antrag zurück, um die Sache bei anderer Gelegenheit, vielleicht beim Kriegsbeschädigtenausschuß zur Sprache zu bringen.

In der Spezialberatung wurde von der Regierung hervorgehoben, daß die Frage der

Unterbringung der Versorgungsanwärter

die Regierung dauernd beschäftige. Nach den neuen jetzt dem Reichsrat vorliegenden Bestimmungen sollen die Länder und Gemeinden verpflichtet werden, bei Neubesetzung von Stellen Versorgungsanwärter einzustellen.

Angenommen wurde ein Antrag aller Parteien, der die für Wartestandsbeamte aufgewendeten Mittel dadurch vermindern will, daß bei freiwerdenden Stellen in der Reichsbahn und den Reichsstellen diese Beamten berücksichtigt werden. Nach Erledigung des Pensionsetats wurde mit der Beratung des Haushalts des Reichsfinanzministeriums begonnen. Beim Kapitel

„Reichsentschädigungsamt"

führte der Präsident dieses Amtes auf eine Frage des Abg. Leicht (Bayr. Vp.) aus, daß seit Mitte April 29 000 Anträge auf Entschädigung erledigt und 31 Millionen Mark für diese Zwecke angewiesen worden seien. Künftig könne das Amt monatlich 20 000 Anträge erledigen. Da noch etwa 270 000 Fälle vorliegen, würde das Amt noch über ein Jahr lang tätig sein müssen.

Am Donnerstag wird sich der Ausschuß mit allgemeinen Beamtenfragen beschäftigen, auch soll nach der Plenarsitzung noch eine Sitzung stattfinden zur Aussprache über das Ministergehalt und die Reichsabgabenverwaltung.

Vermögensteuervorauszahlung auf 15. August verschoben.

Der Reichstag genehmigte in seiner Mittwochsitzung ohne Debatte einen Gesetzentwurf, der die am 15. Mai fällige Vorauszahlung auf die Vermögenssteuer bis zum 15. August d. Js. aussetzt.

Um das bayerische Konkordat.

Eine mehr als fünfstündige Debatte entspann sich über eine sozialdemokratische Interpellation, die das bayerische Konkordat und die Verträge mit den evangelischen Landesbeirten Bayerns für verfassungswidrig erklärt.

Abg. Saenger (Soz.) betonte dabei, daß sich

die Sozialdemokratie kirchenfreundlicher als das Kaiserreich gezeigt habe.

Das bayerische Konkordat verstoße aber selbst gegen die freiheitliche Verfassung, indem es die geistige Beaufsichtigung der Schulen durch die Kirche festlege, während nach der Verfassung der Staat die Oberaufsicht haben müsse. Das Konkordat bedeute einen kulturellen Rückschritt und verletze das ungeschriebene Gesetz der Verfassung, der Trennung von Kirche und Staat. Für den erkrankten Reichsinnenminister Schiele antwortete Staatssekretär Zweigert, daß das Reichskabinett auf Grund der Reichsverfassung Einwendungen gegen das Konkordat nicht hätte erheben können.

In der Debatte traten die Vertreter der Deutschnationalen, des Zentrums, der Wirtschaftlichen Vereinigung und der Bayerischen Volkspartei der Auffassung der Interpellanten entgegen.

Für die deutsche Volkspartei wies Geheimrat Kahl darauf hin, daß der Wortlaut des Konkordats mit der Reichsverfassung nicht derart im Widerspruch stehe, daß ein Eingreifen des Reiches aktuell wäre. Das Konkordat sei aber so weitmaschig, daß seine Praxis evtl. dem Reiche Veranlassung zum Einschreiten geben könne, um sein Aufsichtsrecht geltend zu machen. Er unterstrich aber die im Anhang zum Konkordat niedergelegte Erklärung der bayerischen Regierung, daß auch nach dem Konkordat gemäß der Verfassung der Staat die Oberaufsicht über das Schulwesen haben solle. — Das Haus vertagte sich alsdann auf Donnerstag.

Preußischer Landtag.

Im preußischen Landtag wurde gestern gegen die Stimmen der Rechtsparteien ein kommunistischer Antrag angenommen, den Vertreter Preußens im Reichsrat anzuweisen, sich für das Wiederaufnahmeverfahren gegenüber Urteilen der bayerischen Volksgerichte einzusetzen. Sodann wurde der Haushalt der

Landesgestüte

besprochen. Die Sozialdemokraten und Kommunisten sprachen sich gegen Pferderennen und Schutz der Pferdezucht, die Demokraten gegen staatliche „Bevormundung" der Landwirte durch Vorschreiben der Art der Pferderassen aus. Demgegenüber betonten der Landwirtschaftsminister und die Rechtsparteien die Notwendigkeit staatlicher Gestüte zur Zuchtverbesserung. Außerdem brächten — was allseitig unbestritten ist — die Gestüte und Rennen erhebliche staatliche Ueberschüsse: wozu auf diese Einnahmen verzichten und sie den ausländischen Züchtern durch Oeffnung der Grenzen und damit Lahmlegung der deutschen Pferdezucht zuschanzen?

Preußen für die Reichskurzschrift.

Im Unterrichtsausschuß des Preuß. Landtags erklärte der Regierungsvertreter, Oberschulrat Sonntag, daß Preußen loyal auf den Boden der Reichskurzschrift trete, da sie diese trotz der bekannten Mängel als einen Fortschritt der Einheit ansehe. Die baldige Einführung in den preußischen Schulen gebe die Möglichkeit, praktische Erfahrungen zu sammeln, die in einigen Jahren zur Verbesserung des Systems führen könnten.

Wegen der angeblichen Befürchtung von Ruhestörungen anläßlich der rheinischen Jahrtausendfeier sind zwei französische Jägerregimenter ins Saargebiet transportiert worden. Auch marrokkanische Truppen sind in den letzten Tagen im Saargebiet wieder aufgetaucht.

*

Die Londoner „Times" melden: Nach Australien und Kanadien hat am Dienstag auch die Kapkolonie gegen die Mitwirkung Großbritanniens an einem Sicherheitsabkommen in Europa Einspruch erhoben und verlangt, daß ein solches Abkommen von den Parlamenten aller Dominions angenommen wird, bevor eine Verpflichtung für die Dominions entsteht.

*

Abd el Krim sagte in einer Unterredung mit einem Korrespondenten des „Popolo d'Italia" weiter, massenweise seien die Soldaten der Fremdenlegion in das Rifiager übergelaufen. Er hoffe daher, daß dieser Konflikt mit der Errichtung der Rifrepublik enden werde. — In Madrid fand gestern die erste spanisch-französische Konferenzsitzung über gemeinsame Blockade des Rifes statt.

*

Der Pekinger Berichterstatter der halbamtlichen japanischen Nachrichtenagentur meldet, daß sechzig Vertreter der führenden chinesischen Organisationen dem Kriegsminister folgende Forderungen unterbreitet haben: 1. Entsendung chinesischer Truppen nach allen Landesteilen zum Schutze der chinesischen Einwohner. 2. Kriegserklärung an Großbritannien. Der Minister erwiderte, die beste Politik würde sein, wenn man sich auf friedliche, patriotische Betätigung beschränke. Aber wenn es zum schlimmsten komme, so würde die Regierung nicht gegen die Erwartungen des chinesischen Volkes handeln. — Die zuständigen japanischen Stellen betrachten die Lage Chinas als die schwierigste, die es während der letzten 20 Jahre im fernen Osten gegeben hat.

Die Mächte sandten an das chinesische Auswärtige Amt eine neue Note, die energisch auf das Ergreifen von Maßnahmen dringt, die geeignet seien, die schwierige Lage zu erleichtern.

Josephs Legende.

Handlung von Harry Graf Keßler und Hugo Hofmannsthal.

Musik von Richard Strauß.

Ein eigenartiges, trotz mancher mehr Verwunderung als Bewunderung auslösenden Einzelheit stark fesselndes Werk. Der Tondichter erhielt gelegentlich eines Gastspiels des Kaiserl. Russischen Balletts zu einem Tanzpoem den Impuls. Die sprechenden Tanzrhythmen einiger Mitglieder dieser Truppe boten dem Auge etwas Neues, Ungekanntes, Ungeahntes, und so ist es nicht gar so sonderbar, daß der Schöpfer der „Salome" dem Gedanken näher trat, auch diese redende Kunst sich dienstbar zu machen. Im Grafen Keßler und Hugo Hofmannsthal fand er die geeigneten Mitarbeiter, und die Historie von Joseph und Potiphars Weib wurde der Gegenstand für sein Ballett.

Nach den Mitteilungen der geistigen Urheber behandelt Josephs Legende den Gegensatz und den sich daraus mit Naturnotwendigkeit ergebenden Kampf zweier Welten: In Potiphar die Welt und die Interessensphäre eine reichen Emporkömmlings, der seinem verführerisch schönen Weibe alle Schätze und Genüsse bietet, um ein Lächeln des Beifalls auf ihre Lippen zu locken, einen dankbaren Blick aus ihrem Auge zu erhaschen; der Gegenpol ist Joseph in seiner Reinheit, seinem herben, unberührten Knabentum. Hier wahrer Seelenadel und Genügsamkeit, ein Träumer und „reiner Tor", dort hohler Prunk, Uebersättigtheit, schwüle, sinnliche Atmosphäre.

Der Eintritt von Joseph, dem reinen, naiven Naturkinde, in den Gesichtskreis von Potiphars bildschönem Weibe bedeutet das Ende ihrer Teilnahmlosigkeit, ihrer durch Uebersättigung aller Art hervorgerufenen geistigen und seelischen Apathie. Das frembartig berührende Wesen des Wüstensohnes und Fürstenkindes Joseph läßt in ihrem Innern Wünsche laut werden, Begierden aufsteigen, die niemals bei Joseph Erhörung finden konnten. Und so verfolgt sie, die Zurückgestoßene, den Fremdling nun mit ihrem Haß, bis eine höhere mächtigere Hand ihn ihrer Rache entrückt.

Gewiß ein dankbarer Vorwurf für einen Vollblutmusiker wie Richard Strauß, der mit unerhörter Kühnheit Tonfarben mischt und Klangphänomene vor die Seele zaubert.

Ist es ihm auch nicht gelungen, seine Phantasie auf hochgelegenen Pfaden zu führen — man gewinnt sogar oft den Eindruck, daß die Musik ziemlich wahl- und kritiklos aufs Papier geworfen sei —, so vermag er es dennoch durch seine beispiellosen Farbenmischungen und durch seine Kunst, die Gedanken zu verarbeiten, zu verbinden, ineinander zu schlingen, in dem Zuhörer eine große Spannung hervorzurufen, die noch größer sein würde, wenn die uns in Halle zur Verfügung stehenden orchestralen und darstellerischen Mittel größer und vollkommener wären.

Die Josephslegende hat vor ihrer jüngeren Schwester „Schlagobers" den Vorzug, einige zugkräftige Rollen zu besitzen. Wenn Potiphars Weib von einer Künstlerin wie Anni Schwaninger und Joseph von einem Meister wie Sascha Leontiew dargestellt werden, kann ein Erfolg nicht ausbleiben trotz mancher störenden, lächerlich wirkenden, ja abstoßenden Einzelheit, z. B. der Boxer, die durchaus nicht in den musikalischen Rahmen passen wollen. Die beiden berühmten Gäste schufen gestern Glanzleistungen, für die kein Wort des Lobes hoch genug ist.

Das Erwachen des Weibes wußte die schlanke, mit einem überaus biegsamen und geschmeidigen Körper beglückte Schweizerin in überzeugender Weise vorzuführen. Die Vornehmheit und Anmut ihrer Gesten hatte in der Tat etwas Berückendes, Sinnverwirrendes. Alle Phasen der Gefühle der plötzlich zum Leben und zum Lieben erwachten Frau traten mit einer bewundernswerten Klarheit in die Erscheinung. Ebenbürtig in seiner Art wurde aber auch die Jünglingsgestalt und das Wesen des Joseph durch Leontjew gegeben.

Die übrigen Darsteller mochten bis auf einige wenige handelnde Personen, die sich noch vorteilhaft abheben (Bertel Grether als Lieblingssklavin und Martha Gipp als Sulamith), genügen.

Für die Inszenierung und choreographische Einstudierung zeichnete Prof. Semmler, ein Schweizer, der den großen, ihm vorausgehenden Ruf vollkommen rechtfertigte, wenngleich er in mehr als einem Punkte von den Vorschriften der Verfasser abwich.

Die musikalische Leitung hatte Harald Böhmelt-Halberstadt in Händen. Er verstand es in der Josephslegende ausgezeichnet, den Pulschlag zu treffen und die wechselnden Stimmungen wiederzugeben. Dagegen enttäuschte er in der Tondichtung „Tod und Verklärung". Das Auftauchen eines Gastdirigenten am Pulte ließ die Fragen aufkommen: Mußte unbedingt eine fremde Künstlerpersönlichkeit für die Legende gewonnen werden? Ging es über unsere Kraft? Ist das eigentlich unseres Kunstinstitutes würdig?

Das Orchester, an das ganz außergewöhnliche Anforderungen in der Tanzpantomime gestellt wurden, konnte nicht den höchsten Ansprüchen genügen. Richard Strauß hat nun einmal ein großes Orchester von ca. 120 Künstlern im Sinne gehabt, und da ist es rein unmöglich, mit der Hälfte der Musiker die gewollten Klangwirkungen hervorzubringen.

Das Haus spendete den Gästen lebhaft Beifall.

Martin Frey.

Das Maltastenfestspiel in Düsseldorf. Anläßlich der Tausendjahrfeier des Rheinlandes wird die Düsseldorfer Künstlerschaft ein Festspiel „Wirken und Werden", das die kulturelle Entwicklung des Deutschtums am Rhein darstellt, zur Aufführung bringen. Wie die Reichszentrale für Deutsche Verkehrswerbung mitteilt, wird die erste Aufführung vor Mitgliedern der Reichsregierung, der Landesbehörden und des Provinziallandtages, sowie vor geladenen Gästen am 18. Juni stattfinden. Damit das Festspiel von der Witterung unabhängig ist, wird in dem Park des „Maltasten" ein Zelt errichtet, das 1500 Zuschauer faßt.

Abbau der Prüfungs- und Ausländergebühren in Preußen. Der Preuß. Volkswohlfahrtsminister hat auf Anregung des Kultusministers und des Reichsministers des Innern in Erwägung gezogen, die Ausländergebühren demnächst abzubauen. Da dies für die Prüfer einen Ausfall an Einkünften bedeuten würde, richtete der Minister vor der endgültigen Entschließung eine Reihe von Fragen an die Vorsitzenden der Ausschüsse für die ärztliche, zahnärztliche und nahrungsmittelchemische Vorprüfung und Prüfung sowie für die pharmazeutische Prüfung.

Homer im Film. Ein Gelehter namens Victor Berard in Paris, der als eine Autorität auf dem Gebiete der Homerforschung gilt, macht den Vorschlag, die Homerschen Gedichte zu verfilmen, um sie auf diese Weise populär zu machen. Das Homersche Epos, so sagt der Gelehrte, ist tatsächlich für die Bühne geschrieben. Es setzt sich wie die griechische Tragödie oder Komödie aus Dialogen, Monologen und Erzählungen zusammen. Die Athener haben demgemäß die Ilias und die Odyssee in Dramenform öffentlich aufgeführt. In der Gegenwart würde man, so meint der Gelehrte weiter, die Homerschen Gedichte dem Publikum am nächsten bringen, wenn man ihre Handlung im Film vorführte und eine Art von Begleittext durch einen Lautsprecher vortragen ließe. Der Gelehrte weist weiter daauf hin, daß man die Szenerie, auf der sich die Homerschen Gedichte abspielen, noch heute in ihrer ehemaligen Ursprünglichkeit auf dem klassischen Boden vorfindet.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19250619018/fragment/page=0002